

JAHRES- BERICHT 2021



REGISTER ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER
UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE
IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



WERDEN SIE AKTIV!

Die Register können nur Vorfälle dokumentieren, die auch gemeldet werden. Deswegen sind wir auf Ihre offenen Augen und Ohren angewiesen! Melden Sie uns diskriminierende Beobachtungen und Erlebnisse. Dazu zählen u.a. Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen, Veranstaltungen, Kundgebungen, Schmierereien, Aufkleber und Hitlergrüße. Sie können uns direkt kontaktieren, oder sich an eine unserer Anlaufstellen im Bezirk wenden.

UNSERE ANLAUFSTELLEN

CHARLOTTENBURG

Koordinierungsstelle des Registers SJ - Die Falken Berlin, Schloßstr. 19, 14059 Berlin
Amaro Foro, Kaiser-Friedrich-Str. 19, 10585 Berlin
AStA-Büro Technische Universität, Str. des 17. Juni 135, 10623 Berlin
Bezirksbüro DIE LINKE, Behaimstr. 17, 10585 Berlin
Fraktionsbüro DIE LINKE, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fraktionsbüro Bündnis 90/Die Grünen, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Interkultureller Frauen- u. Mädchentreff LiSA, Spandauer Damm 65, 14059 Berlin
Interkulturelles Stadtteilzentrum Divan, Nehringstraße 8, 14059 Berlin
Jugendclub Schloss19, Schloßstr. 19, 14059 Berlin
Kiez Büro Klausenerplatz, Seelingstraße 14, 14059 Berlin
Kreisbüro SPD im Rathaus, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen, Windscheidstr. 16, 10627 Berlin
OUTREACH Mobile Jugendarbeit Berlin, Sophie-Charlotten-Str. 30 A, 14059 Berlin
Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Zentrum am Zoo der Berliner Stadtmission, Hardenbergplatz 13, 10623 Berlin

WILMERSDORF

GePGeMi e.V., Trautenaustraße 5, 10717 Berlin
Haus der Nachbarschaft, Straße am Schoelerpark 37, 10715 Berlin
Jugend- und Kulturzentrum Spirale, Westfälische Str. 16a, 10709 Berlin
SPD-Wahlkreisbüro Becker, Fechnerstr. 6a, 10717 Berlin

CHARLOTTENBURG-NORD

Stadtteilzentrum Charlottenburg-Nord, Halemweg 18, 13627 Berlin

HALENSEE

City Station der Berliner Stadtmission, Joachim-Friedrich-Straße 46, 10711 Berlin

DIE BERLINER REGISTER

Die Berliner Register sind Melderegister zur berlinweiten Dokumentation von extrem rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen, sozialchauvinistischen und anderen diskriminierenden Vorfällen.

Seit 2013 erfasst, analysiert und veröffentlicht das Register Charlottenburg-Wilmersdorf solche Fälle in einer bezirklichen Chronik auf der Website www.berliner-register.de. Jährlich wird eine Auswertung der dokumentierten Vorfälle des Vorjahres in Form einer Broschüre veröffentlicht.

Unser Ziel ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von diskriminierenden und extrem rechten Vorfällen, sondern das Sichtbarmachen von alltäglicher Diskriminierung im eigenen Bezirk. Deswegen nehmen wir nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle, wie Sachbeschädigungen oder Angriffe auf, sondern auch niedrigschwellige Vorfälle wie Aufkleber, Schmierereien oder Beleidigungen, die aus verschiedenen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Die Perspektiven der Betroffenen und ihre Stärkung stehen dabei im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Als unabhängiges, zivilgesellschaftliches Melderegister können sich Betroffene und Zeug*innen auch anonym an uns wenden, um über Erlebnisse zu sprechen und Unterstützung zu bekommen.

Die Berliner Registerstellen stehen in einem engen fachlichen Austausch mit der Betroffenenberatungsstelle ReachOut und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Es besteht außerdem eine enge Zusammenarbeit mit Amaro Foro, einem transkulturellen Jugendverband für Roma und Nicht-Roma mit verschiedenen Projekten und Angeboten zu Empowerment und gegen Antiziganismus und Each One Teach One (EOTO), einem Community-basierten Bildungs- und Empowerment-Projekt in Berlin mit einem Monitoringprogramm für Antischarzen Rassismus.

Um Vorfälle zu melden, oder Beratung und Unterstützung zu bekommen, können Sie sich bei uns, unseren Anlaufstellen und unseren Kooperationspartner*innen melden!

SO ERREICHEN SIE UNS

Email: cw@berliner-register.de

Telefon: +49 17 89185896

Web: www.berliner-register.de

Twitter & Instagram: @registercw

CHARLOTTENBURG- WILMERSDORF IM JAHR 2021

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf hat im Jahr 2021 insgesamt **292 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle** dokumentiert. Das sind etwa 5% mehr als im Jahr 2020 (276). Konkret bedeutet das, dass sich im Bezirk durchschnittlich alle ein bis zwei Tage, zu jeder Tageszeit und an den unterschiedlichsten Orten ein diskriminierend motivierter Vorfall ereignet hat. Es ist die höchste Vorfallszahl, seit das Register Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2013 die Arbeit aufgenommen hat. Dies ist den aktiven Melder*innen und der Zusammenarbeit mit lokalen und berlinweiten Kooperationspartner*innen zu verdanken. Gemeinsam konnte das Dunkelfeld der alltäglich stattfindenden Diskriminierungen im Bezirk weiter erhellt werden. Dennoch ist davon auszugehen, dass diese Zahl nur einen kleinen Teil der tatsächlich stattfindenden alltäglichen Diskriminierung abbildet.

In unserer Chronik machen wir diese einzelnen Vorfälle sichtbar. In der vorliegenden Broschüre finden Sie

Beispiele für die teilweise gewaltvollen Anfeindungen, die von Diskriminierung betroffene Menschen im Bezirk alltäglich erleben. Dabei war Rassismus mit 122 Vorfällen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2021 das häufigste Motiv. Angestiegen ist besonders die Zahl der rassistischen strukturellen Benachteiligungen (2020: 13; 2021: 25), zum Beispiel in der Schule.

JEDER DRITTE VORFALL RASSISTISCH MOTIVIERT

52-mal wurden Personen aus rassistischer, antisemitischer, LGBTIQ*-feindlicher oder anderer Motivation beleidigt oder bedroht. In 24 Fällen kam es zu körperlichen Angriffen auf der Straße, in Geschäften oder an Bahnhöfen, bei denen Personen unter anderem angespuckt und geschlagen wurden. Rechte und diskriminierende Propaganda, also Aufkleber, Graffiti oder Flyer, macht mehr als die Hälfte aller Vorfälle aus (154). Diese Aktionsform dient der extremen Rechten im Bezirk dazu, ihre menschenfeindlichen Inhalte zu verbreiten, öffentlichen Raum zu markieren und Betroffene einzuschüchtern. Aufgrund der Pandemie-Maßnahmen wurden im Jahr 2021 weniger rechte Veranstaltungen (30) im Bezirk erfasst, als in den Vorjahren.

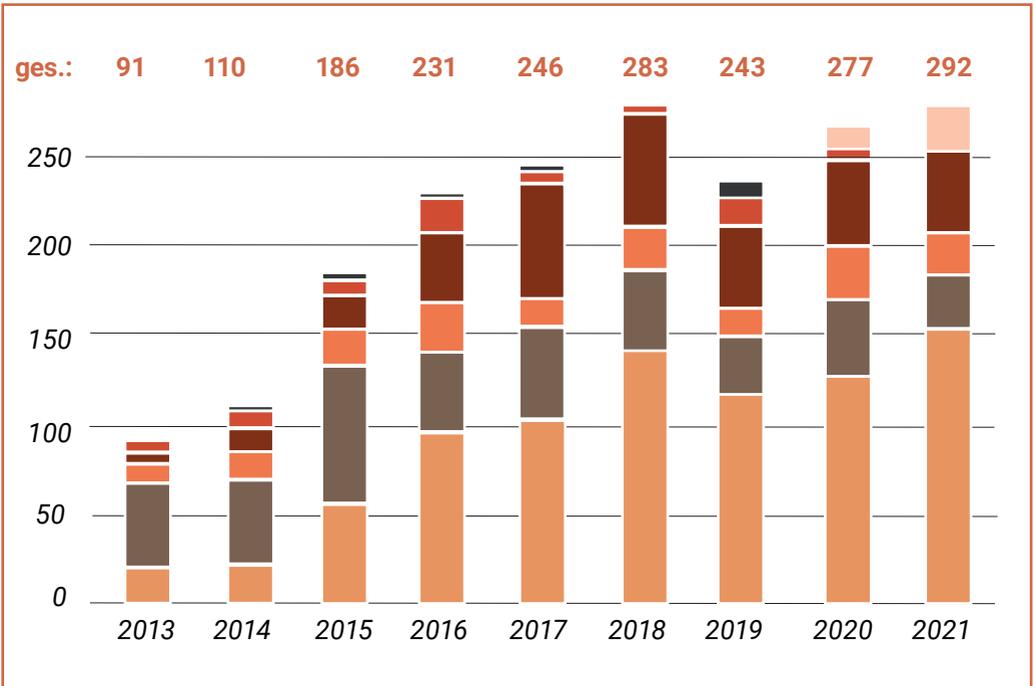
- 
- Propaganda
 - Veranstaltung
 - Angriffe
 - Bedrohung/Beleidigung/
Pöbeleien
 - Sachbeschädigung
 - Sonstiges
 - Strukturelle Benachteiligung

Die meisten Vorfälle ereigneten sich wie jedes Jahr im Ortsteil Charlottenburg (139), gefolgt von den Ortsteilen Wilmersdorf (56) und Westend (27). Bedenklich ist jedoch die zu beobachtende Verschiebung der verbalen und körperlichen Übergriffe weg von den zentralen Einkaufs- und Verkehrsknotenpunkten in Charlottenburg in die ruhigeren Ortsteile und privaten Wohngebiete der Betroffenen. Außerdem haben Internetvorfälle wie Online-Drohungen zugenommen (2020: 16; 2021: 21).

NS-VERHÄRMLOSUNG UND GEWALT: GEGNER*INNEN DER CORONA-MAßNAHMEN 2021

Auch im zweiten Jahr spielten die Proteste gegen die Maßnahmen zu Eindämmung der Corona-Pandemie eine Rolle in Charlottenburg-Wilmersdorf. Insgesamt wurden 64 rechte oder diskriminierende Vorfälle in diesem Zusammenhang erfasst. Im Vergleich zu 2020 machte dies zwar einen kleineren Anteil der Gesamtzahl der Vorfälle aus. Die Veranstaltungen (26) und Propagandavorfälle (30) mit Corona-Bezug, die zu einem Großteil antisemitische und NS-ver-

Vorfälle 2013-2021 nach Arten



harmlosende Motive beinhalteten, waren jedoch prägend für das Klima im Bezirk. So wurden in wiederholte Schmierereien wie „Damals die Juden, Heute die Ungeimpften“ die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie mit dem Nationalsozialismus oder dem Holocaust gleichgesetzt. Die verschiedenen Autokorsos mit Startpunkten in Westend oder Charlottenburg fanden weiter statt, jedoch mit weniger Regelmäßigkeit und Beteiligung als im Jahr 2020. Auf Transparenten und bei Lautsprecherdurchsagen wurden dabei u.a. antisemitische Verschwörungsmythen wie der „Neuen Weltordnung“ verbreitet, gegen öffentlich-rechtliche Medien gehetzt und Pressevertreter*innen beleidigt.

Während die Zahl der Teilnehmenden bei verschwörungsideologischen und rechten Mobilisierungen gegen die Corona-Maßnahmen bundesweit sowie im Bezirk eher stagnierten, ließ sich gleichzeitig eine Radikalisierung beobachten, welche nicht zuletzt in dem Mord an einem 20-jährigen Kassierer in Idar-Oberstein gipfelte.

Die zunehmende Legitimierung von Gewalt des Milieus zeigte sich auch in einigen Vorfällen in Charlottenburg-Wilmersdorf: So versammelten sich Impfgegner*innen vor einer Schule in Charlottenburg um Schüler*innen bei einer Impfkation anzupöbeln und einzuschüchtern. Teilnehmende verschiedener „Querdenken“-Versammlungen beleidigten anwesende Journalist*innen u.a. antisemitisch und gingen sie körperlich an, indem sie ihnen in die Kamera griffen und sie anspuckten – eine Einschränkung der Pressefreiheit. Dies lässt sich in einen größeren Kontext einordnen: Die Gewalt gegen Journalist*innen, insbesondere bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, war 2021 deutschlandweit auf einem Rekordhoch. Ebenso kam es im Bezirk zu Übergriffen nachdem Personen aufgefordert wurden einen Mund-Nasen-Schutz aufzusetzen. In diesem Kontext wurde eine schwangere Bäckereiverkäuferin geschlagen und getreten.

MOTI

12. April 2021 An der Rheinbabenallee Ecke Hohenzollerndamm in Grunewald wurde gegen 19 Uhr eine asiatisch wahrgenommene, 34-jährige Frau, die in Begleitung ihrer Tochter war, von einer ca. 40-50 jährigen Frau aggressiv anti-asiatisch rassistisch beleidigt.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0808

7. Dezember 2021 Im Ortsteil Grunewald wurden Flyer der neonazistischen Partei „III. Weg“ in Briefkästen verteilt. In den Flyern geht es inhaltlich um Einbrüche, es wurden rassistische Vorurteile gegenüber Rom*ja und Sint*ezza geschürt.

Quelle: Register CW

30. August 2021 Eine Lehrerin an einer Schule verhielt sich wiederholt rassistisch gegenüber einigen Mädchen, die ein Kopftuch tragen und/oder migrantisiert sind. Sie zweifelt ihre Sprachkompetenzen an und demütigt sie im Klassenraum.

Quelle: Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus

Die Zahl der **rassistisch motivierten Vorfälle** im Bezirk steigt seit 2013 kontinuierlich an und hat 2021 mit 122 Vorfällen eine neue Höchstzahl erreicht. Es wurden insbesondere mehr strukturelle Benachteiligungen (2021: 25; 2020: 11) und Propagandavorfälle (2021: 47; 2020: 37) dokumentiert. Diese wurde als Mittel genutzt um u. a. gegen Flucht, Migration und den Islam zu hetzen, sowie rassistische Stereotype zu verbreiten. Ein rassistisches Motiv machte den größten Teil der erfassten Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien (28) sowie Angriffe (12) aus.

21 Vorfälle waren anti-Schwarz rassistisch motiviert. Davon fanden zehn in Bildungseinrichtungen statt und richteten sich teilweise gegen Schwarze Kinder. Auf dem Wochenmarkt am Karl-August-Platz befand sich über einen längeren Zeitraum ein Obst- und Gemüsemarktstand mit einem anti-Schwarz rassistischen Wort. Dieses wurde inzwischen entfernt.

13 Vorfälle hatten ein antimuslimisch-rassistisches Motiv. Diese richteten sich gegen Muslime oder Menschen, die als solche gelesen wurden oder brachten die Religion des Islam auf rassistische Art mit Kriminalität in Verbindung, beispielsweise in Beiträgen in der Bezirksverordnetenversammlung. Es wurden drei Vorfälle mit antiziganistischem Motiv erfasst, d.h. Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze oder Personen, die als solche gelesen wurden.

VE

3. Dezember 2021 Auf dem Weihnachtsmarkt am Breidscheitplatz in Charlottenburg fotografierte ein Mann die dort aufgestellte Chanukkia. Als zwei Personen sich mit ihm unterhielten wurde er sehr aggressiv und meinte, es sei ein Skandal, dass sie hier stehe, weil "die Jesus getötet haben".

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

17. Mai 2021 Auf dem Kurfürstendamm in Charlottenburg wurde ein als orthodoxer Jude erkennbarer Mann mit seiner Familie von einem vorbeilaufenden Mann mit lauten „Palestine, Palestine“-Rufen angepöbelt.

Quelle: Register CW via Twitter

Antisemitismus ist im Vergleich zum Vorjahr um knapp ein Drittel angestiegen (2021: 46; 2020: 37). Es wurde mehr antisemitische Propaganda (2021: 21, 2020: 14) und Bedrohungen oder Beleidigungen (2021: 14; 2020: 6) gemeldet. Es kam auf offener Straße, in Gaststätten, im öffentlichen Nahverkehr, im Olympiastadion sowie im direkten Wohnumfeld von Betroffenen zu Angriffen und Anfeindungen. Betroffen waren unter anderem Personen, die als jüdisch oder israelisch zu erkennen waren, Mitarbeiter*innen jüdischer Einrichtungen oder Personen, die sich gegen Antisemitismus einsetzten. Es wurden antisemitische Schmierereien und Aufkleber im

öffentlichen Raum sowie an Wohnhäusern jüdischer Familien angebracht. Beispielsweise durch das Verwenden des sogenannten „Judensterns“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“ wurden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit der antisemitischen NS-Politik gleichgesetzt und somit der Holocaust bagatellisiert. Es wurden außerdem antisemitische Verschwörungserzählungen wie der des „Great Reset“ bedient, welcher ein weltweites, planvolles und bösartiges Vorgehen jüdischer „Eliten“ behauptet. Die Propaganda richtete sich außerdem auf antisemitische Weise gegen den Staat Israel.

Die Zahl der den **Nationalsozialismus verherrlichenden oder verharmlosenden** Vorfälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr knapp um die Hälfte vermehrt und eine neue Höchstzahl erreicht (2021: 43; 2020: 29). Dies setzte sich vor allem aus Propaganda (25) und Veranstaltungen (13) zusammen. Mehr als die Hälfte der Vorfälle stand im Bezug zur Corona-Pandemie, beispielsweise der Schriftzug „Impfen macht frei“ in Anlehnung an den Spruch „Arbeit macht frei“, welcher über den Eingängen von Konzentrationslagern angebracht war. Zweimal wurden Wahlplakate der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit NS-verharmlosenden Parolen wie „Hitler 3.0“ beschmiert. Zehnmals wurden geschmierte oder geritzte Hakenkreuze gemeldet.

Rechte Selbstdarstellung ist im Vergleich zum Vorjahr drastisch gesunken (2021: 37; 2020: 64). Dies ist durch weniger dokumentierte Veranstaltungen (2021: 3; 2020: 25) zu erklären. So haben aufgrund der Corona-Maßnahmen weniger Veranstaltungen rechter Akteure stattgefunden. Die Propagandavorfälle (34) zur Selbstdarstellung extrem rechter Gruppen, sind hingegen kaum zurückgegangen. Es wurden Aufkleber und Schmierereien u.a. der NPD, des extrem rechten Magazins „Compact“ und der Kleinstpartei „Der III. Weg“ erfasst.

Neun Vorfälle hatten ein **LGBTIQ*-feindliches Motiv** (2020: 8). Diese Motivkategorie zeichnet durch ein besonders hohes Gewaltlevel aus: Bei sieben der neun dokumentierten Vorfälle handelt es sich um verbale beziehungsweise körperliche Übergriffe an öffentlichen Orten in Charlottenburg. Betroffen waren unter anderem homosexuelle Paare und trans Frauen. Es wurden außerdem zwei Propagandavorfälle mit transfeindlichem Motiv dokumentiert. Es wurden zwei **sozialchauvinistische** Vorfälle (2020: 3) erfasst, bei

LGBTIQ*?

Seit 2005 erfassen die Register LGBTIQ*-Feindlichkeit. LGBTIQ ist eine englische Abkürzung für verschiedene Menschengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihrer Lebensweise von Diskriminierung und Angriffen betroffen sind. LGBTIQ steht dabei für Lesben, Gays (Schwule), bisexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen. Das „*“ weist auf weitere Möglichkeiten hin.

denen obdachlose Personen im Schlaf angegriffen wurden. Zwei Vorfälle hatten ein **behindertenfeindliches Motiv** (2020: 1). Dabei handelte es sich um strukturelle Benachteiligungen in der Schule. In diesen Bereichen ist weiterhin von einer besonders hohen Dunkelziffer auszugehen.

31. Januar 2021 Gegen 2:30 Uhr in der Nacht wurden zwei wohnungslose Menschen im Schlaf körperlich angegriffen und verletzt. Der Täter warf einen E-Scooter auf einen schlafenden Mann, und trat anschließend mehrfach auf einen weiteren ein. Dabei soll sich der Täter herablassend über die Wohnungslosen geäußert haben. Ein Zeuge intervenierte und drohte damit, die Polizei zu rufen, woraufhin der Täter floh. Die Verletzten wurden von Rettungskräften behandelt.
Quelle: Polizeimeldung Nr. 0240

22. Juli 2021 Eine trans Frau wurde am S-Bahnhof Zoologischer Garten in Charlottenburg von Sicherheitspersonal der S-Bahn angepöbelt. Die Betroffene wurde im Vorbeigehen an einer Gruppe von ca. zehn Mitarbeitern ausgelacht und als sie diese daraufhin konfrontierte, wurde sie bedroht: „Geh weiter, sonst zieh ich dir den Rock hoch.“
Quelle: Register CW via Twitter

28 Vorfälle richteten sich gegen die **politischen Gegner*innen** der extremen Rechten (2020: 37). Die Abnahme im Vergleich zum Vorjahr liegt an weniger erfassten Propagandafällen (2021: 22; 2020: 34). Es gab jedoch weiterhin Aufkleber, die sich gegen antifaschistisches Engagement richteten und auf verleumdende Art gegen

demokratische Parteien hetzten. Drei-mal wurden politische Gegner*innen aus Charlottenburg-Wilmersdorf von extrem rechten Akteur*innen im Internet bedroht. Es wurden drei Angriffe gegen politische Gegner*innen, die als Pressevertreter*innen bei Veranstaltungen anwesend waren, dokumentiert.

1. März 2021 Bei dem verschwörungsideologischen Autokorso mit Startpunkt am Olympischen Platz in Westend wurde die Pressearbeit eines Journalisten massiv behindert. Um 18:37 Uhr wurde der Journalist von mehreren Teilnehmenden beleidigt und bedrängt. Um 18:53 Uhr folgte ein körperlicher Angriff: Ein Teilnehmer griff mehrfach nach der Kamera des Journalisten und packt ihn am Arm. Die Polizei soll nur die Daten des Journalisten aufgenommen haben
Quelle: Register CW via Twitter

1. August 2021 Im Rahmen der verbotenen „Querdenken“-Demonstration kam es gegen 12:15 Uhr in der Nähe des Fürstenplatzes in Westend zu einem Angriff gegen eine Mitarbeiterin des Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA). Hunderte Demonstrant*innen hatten zu dieser Zeit die Polizeiketten durchbrochen und versucht, sich ihren Weg durch Seitenstraßen abseits der durch die Polizei gesperrten Reichsstraße zu bahnen. Pressevertreter*innen wurden aggressiv angegangen, die durch ihre Arbeit und zudem durch das Tragen von Mund-Nasen-Schutz in das Visier der Demonstrationsteilnehmer:innen gerieten. In diesem Zuge wurde eine Feldbeobachterin des JFDA von einem Demo-Teilnehmer ins Gesicht gespuckt.
Quelle: Register CW via Twitter

1. August 2021 Im Rahmen der unangemeldeten „Querdenken“-Demonstrationen in Westend kam es zu antisemitischen Pöbeleien. Als eine verbotene Versammlung in der Bayernallee in Westend aufgehalten wurde, erkannten Teilnehmer*innen einen bekannten Journalisten, der daraufhin als „Juden-Arsch“ und „Judas“ beleidigt wurde. Es folgten „Lügenpresse“-Rufe.
Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

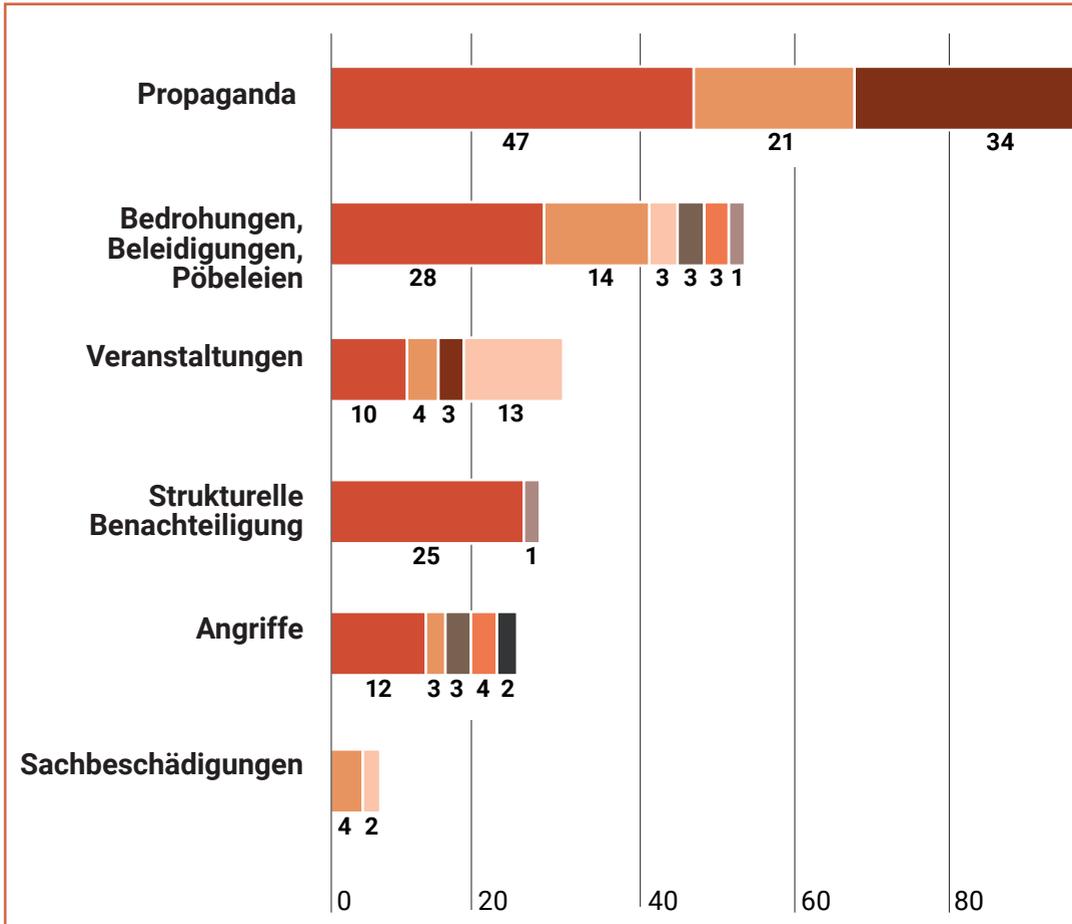
24. August 2021 Am Rande einer AfD-Veranstaltung kam es zu einem Angriff gegen eine Pressevertreterin. Die Journalistin machte aus der Entfernung Fotos von der Menge, als eine Teilnehmerin sie anschrie, an der Jacke packte und am Kameragürtel heftig hin und her zog. Die umstehende Polizei hat nicht reagiert. Zwei Passant*innen kamen schließlich dazu und befreiten die angegriffene Person.
Quelle: Register CW

In zwei Fällen wurden im Internet **antifeministische** Statements verbreitet: Ein Mitglied der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf hetzte im April auf Twitter auf antifeministische Weise gegen eine Politikerin der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die NPD Charlottenburg-Wilmersdorf nutzte im November ihre Facebook-Seite um antifeministische Inhalte in Bezug auf gendergerechte Sprache zu verbreiten.

ANTIFEMINISMUS?

Antifeminismus ist eine Gegnerschaft zu feministischen Emanzipationsbestrebungen. Er richtet sich beispielsweise gegen die Anerkennung und Achtung der gleichen Menschenwürde der Geschlechter, die Verwirklichung der geschlechtlichen Gleichstellung in allen Lebensbereichen oder die Forderung nach sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung. Antifeminismus ist zumeist ein wesentlicher Bestandteil rechtspopulistischer und extrem rechter politischer Strategien und Ideologien. Er spielt überregional bei rechten Terroranschlägen, aber auch in der Kommunikation in Sozialen Netzwerken eine große Rolle. Beispiele dafür sind der Terroranschlag auf sozialdemokratische Jugendliche auf der norwegischen Insel Utøya (2011), der Terroranschlag auf muslimische Menschen in der neuseeländischen Stadt Christchurch (2019), der antisemitische Anschlag in Halle (2019) und der rassistische Anschlag in Hanau (2020). In den sozialen Netzwerken werden Politikerinnen, Aktivistinnen und Publizistinnen gezielt mit Hetzkampagnen, Shitstorms und Bedrohungen überzogen. Antifeminismus überschneidet sich teilweise mit Phänomenen, die die Register nicht dokumentiert, wie Sexismus und Misogynie.

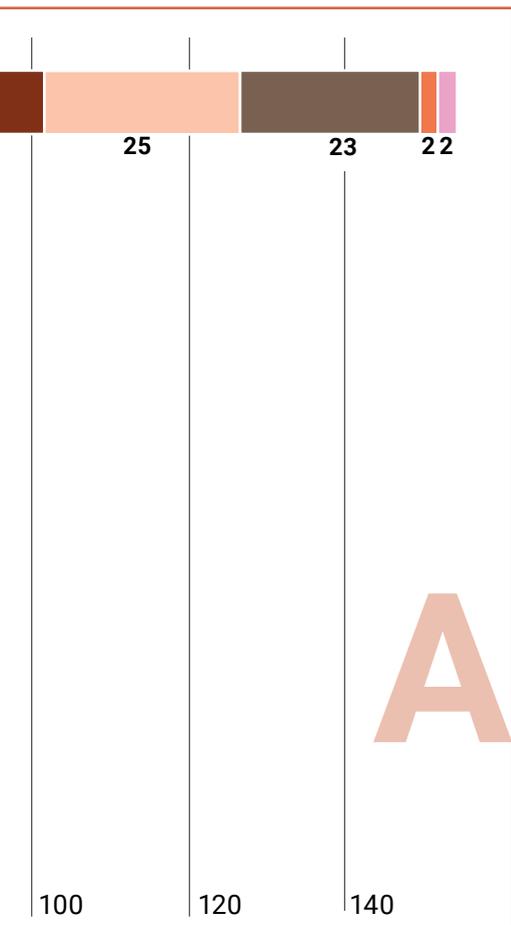
Vorfälle nach Motiven



1 Mit über der Hälfte aller Vorfälle war **Propaganda** weiterhin die meist dokumentierte Vorfälleart und ist weiter angestiegen (2021: 154; 2020: 139). Es handelt sich um die häufigste Vorgehensweise der extremen Rechten und Rechtspopulist*innen im Bezirk, ihre diskriminierenden und menschenfeindlichen Inhalte zu verbreiten und dadurch zu normalisieren, sowie den öffentlichen Raum zu markieren und dadurch Betroffene zu verunsichern und einzuschüchtern. Sie dient auch der Rekrutierung neuer Mitglieder für rechte Gruppen

oder der Anwerbung neuer Leser*innen extrem rechter Publikationen. Lediglich Propaganda gegen politische Gegner*innen (22) und Propaganda, die der rechten Selbstdarstellung (34) dient, wurde weniger dokumentiert als im Vorjahr. Die Zahl der rassistischen (47), antisemitischen (21), NS-verharmlosenden bzw. verherrlichenden (25) und LGBTIQ*feindlichen (2) Propaganda ist hingegen gestiegen.

Über das Jahr hinweg sind wiederholt Aufkleber-Serien mit bis zu 60 selbstgemachten Aufklebern rund um den Kurfürstendamm



- Rassismus*
- Antisemitismus*
- Rechte Selbstdarstellung*
- Verherrlichung bzw. Verharmlosung des NS*
- Politische Gegner*innen*
- LGBTIQ*-Feindlichkeit*
- Sozialchauvinismus*
- Behindertenfeindlichkeit*
- Antifeminismus*

ARTEN

Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien

ereigneten sich mit 52 Vorfällen am zweithäufigsten und verzeichneten einen leichten Anstieg (2020: 48), wobei vor allem mehr Antisemitismus dokumentiert wurde. Von den erfassten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien ereigneten sich sieben im Internet, in fünf Fällen wurde gezielt gegen Einzelpersonen gehetzt und gedroht. Die Tendenz, dass antifaschistisches und zivilgesellschaftliches Engagement gegen menschenverachtende Ideologien im Netz zunehmend eingeschüchtert und bedroht wird, ist mit Sorge zu betrachten.

aufgetaucht. Diese umfassten verschiedenste extrem rechte Motive, welche von rassistischen Slogans, die der Ideologie der White Supremacy (weiße Vorherrschaft) zuzuordnen sind, über Antisemitismus bis hin zu Aufklebern die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richten und teilweise explizit zu Gewalt gegen diese aufrufen, reichten.

30. August 2021 In einer Schule im Bezirk Charlottenburg/Wilmersdorf wird ein Schwarzer Schüler von weißen Schülern gemobbt, von Lehrkräften nicht beschützt, stattdessen in Täter-Opfer-Umkehr beschuldigt und benachteiligend sanktioniert.

Quelle: Narud e.V.

16. August 2021 Das Jobcenter forderte mehrmals eine Liste vieler verschiedener Dokumente von einer bulgarischen Klientin. Auf Nachfrage einer Sozialarbeiterin, weshalb das Jobcenter so viele Unterlagen von der Frau fordert, sagt der Sacharbeiter: „Soll sie sich bei ihren Landsleuten bedanken.“ Zum Schutz der Betroffenen wurde das Vorfalldatum anonymisiert.

Quelle: DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus / Amaro Foro

3 Es wurden etwa ein Drittel weniger **Veranstaltungen** dokumentiert (2021: 30; 2020: 41). Dies liegt vor allem an den Maßnahmen zur Einschränkung der Coronapandemie, welche Treffen in Innenräumen verhinderten bzw. erschwerten. So wurde im Jahr 2021 erstmals keine Veranstaltungen der Bibliothek des Konservatismus aufgenommen. Auch der antisemitische Al-Quds-Marsch am Kurfürstendamm hat das zweite Jahr in Folge nicht stattgefunden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese und andere übliche Akteure mit der Aufhebung der Maßnahmen zum Infektionsschutz wieder verstärkt in Erscheinung treten werden.

4 Die Zahl der **strukturellen Benachteiligungen** hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt und eine neue Höchstzahl erreicht (2021: 26; 2020: 13). Dies setzte sich v.a. aus rassistisch motivierten Vorfällen (25), sowie einem behindertenfeindlichen Vorfall zusammen. Der Anstieg lässt sich durch mehr Meldungen von Kooperationspartner*innen, wie der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS), der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten – Fair wohnen“ und Narud e.V., erklären.

Im Großteil der Fälle wurden Personen in Bildungseinrichtungen benachteiligt (17), aber auch auf dem Wohnungsmarkt (4), durch Behörden (3), bei der Arbeit (1) und durch die Polizei (1).

BIBLIOTHEK DES KONSERVATIVISMUS?

Die Bibliothek des Konservatismus in der Fasanenstraße in Charlottenburg stellt einen zentralen Knotenpunkt der Neuen Rechten dar. Als Thinktank mit einem großen Buchbestand (neu-)rechter Literatur und Treffpunkt verschiedener rechter Milieus besitzt die BDK eine bundeweite Strahlkraft weit über den Bezirk hinaus. Sie dient der Vernetzung, ideologischen Schulung und Normalisierung (neu-)rechten Gedankenguts. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die „Konservative Revolution“, eine antidemokratische Strömung Anfang des 20. Jahrhunderts. Der Begriff des Konservatismus dient dabei der Verschleierung der Nähe und Verwischung der Grenze zu Inhalten extrem rechter Ideologien

Die Zahl der dokumentierten **Angriffe** ist leicht zurückgegangen (2021: 24; 2020: 28). Dies ist darauf zurückzuführen, dass es für 2021 eine Untererfassung gibt: In allen vorangegangenen Jahren wurden Daten über Gewalttaten aus dem Themenbereich Hasskriminalität aufgenommen. Für das Jahr 2021 wurden diese Daten aufgrund von Datenschutzbedenken nicht mehr vom Berliner LKA an zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt. Der in Anbetracht dessen relativ geringe Rückgang im Vergleich zum Vorjahr lässt auf ein konstantes Gewaltniveau im Bezirk schließen. Personen wurden gestoßen, ins Gesicht geschlagen, gewürgt und angespuckt. Es waren auch Minderjährige

betroffen, unter anderem ein zwölfjähriges Kind, das von zwei erwachsenen Frauen aus rassistischer Motivation geschlagen wurde. Die Hälfte der Angriffe war rassistisch motiviert. Es wurden vier LGBTIQ*-feindliche, drei antisemitische und zwei sozialchauvinistische Angriffe erfasst. Der Großteil der Angriffe fand auf offener Straße (12) oder im ÖPNV (5) statt. Besonders häufig wurden Angriffe rund um den Zoologischen Garten gemeldet. Weitere Tatorte waren Läden und Supermärkte, das Olympiastadion und, im Falle der Gewalt gegen Journalist*innen, das Umfeld von Demonstrationen.

5

6

Es wurden sechs **Sachbeschädigungen** erfasst. Diese hatten ein antisemitisches oder NS-verharmlosendes Motiv. In Wilmersdorf wurden Stolpersteine mit rohen Eiern beschmiert und das Andenken an die israelische Touristin Dalia Elyakim am Denkmal für die Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz wiederholt beschädigt. Sachbeschädigungen in der Öffentlichkeit dienen der Verunsicherung betroffener Communities.

30. Mai 2021 Zwei obdachlose Männer, die in der Nähe der Hertzallee unter der Bahnunterführung Zoologischer Garten in einem Zelt schlafen, werden von einem 31-jährigen Mann geweckt als er entdeckt, dass das Zelt brennt. Der Brandstifter ist ein 49-jähriger Mann.

Quelle: Polizei Berlin, 31.05.2021; ReachOut Berlin

3. August 2021 Gegen 1:30 Uhr in der Nacht wurden ein 17-Jähriger und ein 22-Jähriger in der Budapester Straße homofeindlich beleidigt und angegriffen. Beide erlitten leichte Verletzungen. Ein Täter fuhr dem 22-Jährigen mit dem Fahrrad in die Hacken und beleidigte ihn homofeindlich, danach soll er auf ihn eingeschlagen und ihn am Hinterkopf getroffen haben. Ein weiterer Täter soll mehrfach gegen den Kopf des 17-Jährigen geschlagen haben, so dass dieser stürzte, sich auf ihn gesetzt und gewürgt haben.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1709

21. August 2021 Gegen 0:30 warteten zwei Personen am S-Bahnhof Westkreuz auf die Ringbahn. Ein laut schimpfender, weißer Mann näherte sich kurz vor der Einfahrt der Ringbahn von hinten, belästigte die Personen und beschimpfte eine u.a. mit „Schlampe“ und „Scheiss-Lesbe“. Unmittelbar bei Eintreffen des Zuges stürmte er direkt auf eine der Personen zu und spuckte ihr von hinten auf den Kopf.

Quelle: AnDi – Antidiskriminierungs-App

RECHTSPOPULISTISCHE BESTREBUNGEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF 2021

Ein Gastbeitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Das Jahr 2021 wurde in Berlin politisch vor allem durch die Wahlen zum Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) geprägt, die sämtlich am 26. September stattfanden. Zum Ausklang der Wahlperiode fiel die Charlottenburg-Wilmersdorfer BVV-Fraktion der rechtspopulistischen, teilweise rechtsextremen Partei AfD durch die Ablehnung der sogenannten Konsensliste und damit durch die Verzögerung des kommunalpolitischen Betriebs auf – wie bereits 2020. Die Konsensliste wird üblicherweise von allen Parteien im Vorfeld einer Sitzung verhandelt und umfasst weitgehend unstrittige, ohne Aussprache zu behandelnde Drucksachen. Dadurch können kommunale Gremien ihre Zeit eher für kontroverse und komplexe Themen verwenden.

Insgesamt nahm 2021 die Wahrnehmbarkeit und Aktivität der AfD in der Charlottenburg-Wilmersdorfer BVV ab. Anträge, Anfragen und Wortmeldungen der AfD-Fraktion beschäftigten sich wie schon in den Vorjahren mit den Kernthemen rechtspopulistischer Identitätspolitik, vornehmlich mit Einwanderung und Integration im Bezirk sowie mit Positionierungen gegen den Islam. So fragte die AfD beispielsweise beim Thema „Sprachförderbedarf in Kindertagesstätten“ nach einer Differenzierung zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund sowie zwischen Kindern aus verschiedenen Herkunftsregionen,¹ sprach sich gegen einen mehrsprachigen Servicebereich zur Erstberatung für Bürger_innen im Rathaus aus,² und stellte die Stellenausstattung im Integrationsbüro infrage.³ Außerdem beantragte die AfD-Fraktion eine „digitale Diskussion“ zum Thema „Ist der Islam ein Integrationshindernis?“⁴ Bei derartigen Initiativen wurde die AfD-Fraktion in der Regel mit Gegenreden vonseiten anderer Parteien und von Mitgliedern des Bezirksamtes konfrontiert. Die demokratischen Kommunalpolitiker_innen machten die wiederkehrenden rechtspopulistischen Argumentationsmuster deutlich und setzten ihnen Bekenntnisse zu einem integrationsfreundlichen und demokratisch-vielfältigen Bezirk entgegen.

Innerhalb der Berliner AfD war der Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirksverband sehr präsent, vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf. Nach den Machtkämpfen in der Berliner AfD zu Beginn des Jahres wurden drei Kandidaten aus dem Bezirksverband auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Wahl zum AGH nominiert und konnten dann auch ins Berliner Landesparlament einziehen. Die Berliner AfD setzte in Charlottenburg-Wilmersdorf einen Schwerpunkt ihres Wahlkampfes. So ergab etwa eine Schriftliche Anfrage im AGH, dass im Bezirk mit 4.000 die zweithöchste Zahl von AfD-Wahlplakaten genehmigt wurde – überboten nur vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf.⁵ Für die einzige öffentlich groß beworbene Wahlkampfveranstaltung⁶ der Berliner AfD wurde am 4. September der Vorplatz des Schlosses Charlottenburg gewählt und an selber Stelle auch am 24. September der „Große Wahlkampfabschluss“⁷ der Bundespartei mit den Spitzenkandidat_innen als Redner_innen veranstaltet. Im Wahlkampf kam es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen. Vom AfD-Wahlkampfabschluss vor dem Schloss Charlottenburg wurde berichtet, dass eine Teilnehmerin eine Pressevertreterin angegriffen habe.⁸ Anfang August ereignete sich in Wilmersdorf eine Auseinandersetzung zwischen einem Mann und Personen, die Wahlplakate für die AfD aufgehängt hatten, wobei der Mann eine Kopfplatzwunde, Hautabschürfungen sowie eine Augenreizung durch von den AfD-Unterstützer_innen eingesetztes Tierabwehrspray erlitt.⁹ Als Kulisse des Wahlkampfes der AfD dienten häufig der Kurfürstendamm und der Witten-

bergplatz. Hier wurden Wahlkampfstände des AfD-Bezirks- und Landesverbandes durchgeführt und medial in Szene gesetzt. Mit dem Wahlkampfmaterial wurde hier und an weiteren Infoständen auch die AfD-Bezirkszeitung „Blauer Bote“ verteilt. In der Sonderausgabe von Sommer/Herbst 2021 zur Wahl finden sich neben der Diskreditierung anderer Parteien und Thesen zur Migration wie „Wir sehen die Integration von Migranten als deren Bringschuld an“¹⁰ auch positive Bezüge zu den oft verschwörungsideologisch geprägten Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen.¹¹

Im Vergleich zu den Wahlen von 2016 halbierten sich am 26. September 2021 die Wahlergebnisse der AfD in vielen Berliner Bezirken ungefähr. Bei der Wahl zur BVV Charlottenburg-Wilmersdorf lag ihr Ergebnis bei unter

fünf Prozent.¹² Somit schrumpfte die dortige AfD-Fraktion von vormals fünf auf lediglich drei Sitze. Bereits in der ersten Sitzung der neu gewählten BVV im Oktober 2021 verkündete ein Verordneter seinen Austritt aus der AfD-Fraktion, wodurch der Fraktionsstatus verloren ging.

Die AfD in Charlottenburg-Wilmersdorf suchte auch Ende 2021, Anfang 2022 die Nähe zur weithin verschwörungsideologisch geprägten Protestbewegung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Mitglieder der AfD nahmen laut ihren öffentlichen Facebook-Auftritten an den zum Jahreswechsel beginnenden „Montagsspaziergängen“ teil, und der AfD-Bezirksverband veröffentlichte juristische Hinweise für Teilnehmende dieser unangemeldeten Demonstrationen.¹³

1 Vgl. Drucksache (DS) 1863/5, Mündliche Anfrage von Jan von Ertzdorff-Kupffer „Sprachförderbedarf“ in der Sitzung vom 18.02.2021 (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7875> – 13.05.2022).

2 Vgl. Debatte über DS 1742/5, Antrag der Fraktion B'90/Grünen „Service-Bereich zur Erstberatung“ in der Sitzung vom 16.09.2021 (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7754> – 13.05.2022)

3 Vgl. Beitrag der AfD-Fraktion zu dem Thema des Monats Juli 2021 (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/aktuelles/thema-des-monats/5-wahlperiode/artikel.1102053.php> – 13.05.2022).

4 Vgl. DS 1749/5, Antrag der AfD-Fraktion vom 19.11.2020 (https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/45081036784211831/784211831/0252607/07.pdf – 13.05.2022).

5 Vgl. Schriftliche Anfrage von Mda Marcel Luthe (fraktionslos) vom 25.08.2021 „Groß- und Kleinplakate“ (<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-28437.pdf> – 13.05.2022).

6 Vgl. „Wahlkampfumgebung vor dem Schloss Charlottenburg“ am 04.09.2021 (<https://www.facebook.com/events/522442615645946/> – 13.05.2022).

7 Vgl. <https://www.afd.de/wahlkampfabschluss/> – 13.05.2022.

8 Vgl. Chronikeintrag vom 24.09.2021 „Angriff auf Pressevertreterin in Charlottenburg“ (<https://www.berliner-register.de/vorfall/d8028b70-cb9d-4ba5-960d-c0a2bb63cc93/> – 13.05.2022).

9 Vgl. Polizeimeldung Nr. 1756 vom 08.08.2021 „Vorfälle im Zusammenhang mit dem Anbringen von Wahlplakaten“ (<https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2021/pressemitteilung.1113767.php> – 13.05.2022) sowie Facebook-Beitrag von AfD-Bundestagskandidatin Eva-Marie Doerfler vom 08.08.2021 (<https://www.facebook.com/EvAfDoerfler/posts/pfbid0bXKkKdKpasjprW5J78aS99qQv8KUQ7a4ejoFZr2m-BCCSsdsM1N93BXydxj2yaQ7UI> – 13.05.2022)

10 Vgl. Blauer Bote. Sonderausgabe Wahl. Sommer/Herbst 2021, S. 5.

11 Vgl. ebd., S. 1f.

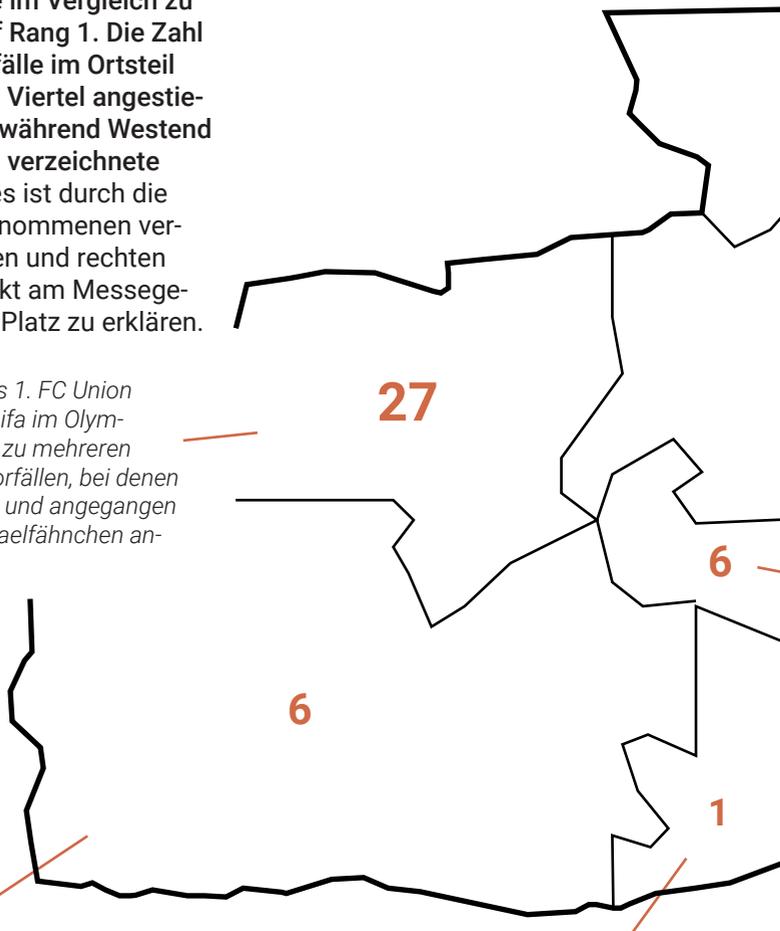
12 Vgl. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2021/AFSPRAES/bvv/ergebnisse_bezirk_04.html – 13.05.2022.

13 Vgl. AfD-Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf: „Ich war spazieren und habe eine Anzeige bekommen. Was nun?“ (<https://www.afd-charlottenburg-wilmersdorf.online/spaziergange> – 13.05.2022).

RÄUMLICHE VERTEILUNG DER VORFÄLLE

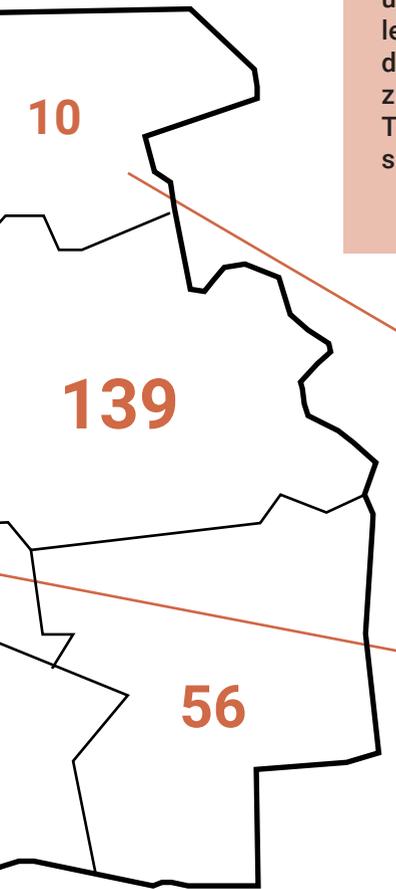
Mit etwas weniger als der Hälfte aller Vorfälle (139) bleibt der Ortsteil Charlottenburg trotz 10% Abnahme im Vergleich zu 2020 (155) weiterhin auf Rang 1. Die Zahl der dokumentierten Vorfälle im Ortsteil Wilmersdorf sind um ein Viertel angestiegen (2021: 56; 202: 45), während Westend einen leichten Rückgang verzeichnete (2021: 27; 2020: 31). Dies ist durch die geringere Zahl der aufgenommenen verschwörungsideologischen und rechten Autokorsos mit Startpunkt am Messegelände bzw. Olympischen Platz zu erklären.

Bei einem Spiel des 1. FC Union gegen Maccabi Haifa im Olympiastadion kam es zu mehreren antisemitischen Vorfällen, bei denen Personen beleidigt und angegangen wurden und ein Israelfähnchen angezündet wurde.



*In **Grunewald** wurden sechs Vorfälle erfasst. In einem Supermarkt wurde ein Mann rassistisch und sozialchauvinistisch beleidigt. Im Oktober äußerte sich eine Frau antisemitisch und drohte, Tabletten auf das Grundstück eines jüdischen Kindergartens zu werfen. Zweimal wurde Propaganda des III. Wegs gemeldet.*

*In **Schmargendorf** wurde ein Mann in polnischer Sprache homophob beleidigt. Als der Betroffene die Polizei rief wurde er von den Beamt*innen nicht ernst genommen und weiter stigmatisiert.*



Die räumliche Verteilung der Übergriffe hat sich verändert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Ortsteil Charlottenburg um rund 20% gesunken. In den Ortsteilen Wilmersdorf und Westend haben die erfassten Angriffe um jeweils ca. 10% zugenommen. Die Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien haben in den Ortsteilen Wilmersdorf, Westend, Grunewald und Charlottenburg-Nord leicht zugenommen. Dies deutet auf eine besorgniserregende Tendenz der Verlagerung von rassistischen, antisemitischen und anderen Übergriffen in private Wohngebiete.

In **Charlottenburg-Nord** konnten mit 10 Vorfällen die höchste Zahl bisher dokumentiert werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um extrem rechte Aufkleber. Am Jakob-Kaiser-Platz kam es zu einem rassistischen Angriff eines Polizisten gegen einen E-Scooter-Fahrer. Dieser wurde bei einer Polizeikontrolle gestoppt, zeigte sich kooperativ und wurde von einem Beamten gegen den Kehlkopf geschlagen.

Bei fünf von sechs dokumentierten Vorfällen in **Halensee** handelte es sich um Propaganda, u.a. eine Hakenkreuz-Schmiererei in der S-Bahn und eine Broschüre der Identitären Bewegung in einem Briefkasten. Außerdem ereignete sich ein erneuter rassistischer Angriff, welcher sich in eine Reihe rassistischer Beleidigungen und Angriffe im direkten Wohnumfeld der betroffenen Person in den vergangenen Jahren einordnet.

Die Zahl der Vorfälle, die **Bezirkswweit** erfasst wurden ist aufgrund der gestiegenen Meldungen von struktureller Benachteiligung mit 26 Vorfällen im vergangenen Jahr besonders hoch (2020: 15), da diese zum Schutz der Betroffenen oft anonymisiert werden.

Es wurden 21 Vorfälle dokumentiert, die sich im **Internet** ereigneten, wobei besonders die online Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien zugenommen haben.

Rassistische Beleidigungen, antisemitische Schmierereien, Neonazi-Aufkleber, verschwörungsideologische Veranstaltungen und körperliche Angriffe gegen homosexuelle Personen oder obdachlose Menschen sind nur einige Beispiele für diskriminierende und extrem rechte Vorfälle, die tagtäglich auch in Charlottenburg-Wilmersdorf stattfinden. Doch vieles davon bleibt den meisten Menschen im Bezirk unbekannt. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf sammelt und veröffentlicht solche Vorfälle, um sie sichtbar zu machen und die Sicht der Betroffenen zu stärken. Bürger*innen können sich an uns wenden, wenn sie etwas erleben oder beobachten. Nur so gelingt es uns, konkrete Lebenswelten abzubilden und Dunkelfelder zu erhellen. In dieser Broschüre finden Sie Zahlen, Hintergrundinformationen und Beispiele aus dem Jahr 2021.

Kontaktinformationen und weitere Informationen unter:
www.berliner-register.de/charlottenburg-wilmersdorf



Impressum

Register Charlottenburg-Wilmersdorf
SJD - Die Falken Berlin
Schlossstraße 19, 14059 Berlin
Web: www.falken-berlin.de
www.berliner-register.de/charlottenburg-wilmersdorf
Auflage: 1. Auflage, Mai 2022
Erscheinungsort: Berlin

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE
Charlottenburg-Wilmersdorf